

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1901**

1.2.1901 (No. 27)

Einzelne möglich mit Ausnahme
Sommer und Herbsts und kostet
in Karlsruhe in's Haus gebracht
vierteljährlich 2 M. 60 Pfg.
(monatlich 5 Pfg., wenn in
der Expedition oder in den Agen-
turen abholte), durch die Post
bezogen vierteljährlich 3 M.
25 Pfg., mit Beitzgeld 8 M. 65 Pfg.

Postzeitung 855.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Anzeigen: Die sechspolige Beil-
zeile oder deren Name 20 Pfg.,
Vellamen 50 Pfg. Bei öfterer
Wiederholung aufpreisender Rabatt.
Inserate nehmen außer der Expe-
dition alle Annoncen-Bureau an.

Nebaktion und Expedition:
Ableitstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

Postzeitung 855.

Werben werden jederzeit
eingegangen.

Postzeitung 855.

Telephon-Anschluß-Nr. 585.

Nr. 27.

Freitag, den 1. Februar

1901.

England während des letzten halben Jahrhunderts.

Ein Rückblick auf die Entwicklung des britischen Reiches während des letzten halben Jahrhunderts zeigt wunderlich wechselnde Bilder und überraschende politische Gegenstände.

Wohl konnte man bereits von einem Weltseinflusse Englands reden, als Königin Victoria die Regierung antrat. Über das Weltreich England, so wie es jetzt bestehen ist, verdankt seine Entstehung unbedingt erst diesem letzten halben Jahrhundert unter dem Scepter der kleinen Victoria. Die Ausbreitung der englischen Sprache in ihrem gegenwärtigen Umfang ist das Werk der jüngsten fünfzig Jahre.

Der erste Ursprung der großen britischen Kolonialmacht der Neuzeit liegt allerdings noch weiter zurück im Anfang des 19. Jahrhunderts. Damals war es das einzige Weltreich in den Schlägen gegen die französische Revolution und gegen den ersten Napoleon, das den Grund dazu legte und vor allen Dingen der britischen Flotte die erste Stellung auf dem Weltmeeren verlieh. Aber Geschlossenheit und Festigung hat dieser riesenhafte überseeische Ländereigentum der Engländer erst während der Regierung der Königin Victoria erhalten.

Es ist merkwürdig zu beobachten, wie der neu erworbene Niedersatz im Anfang in England sehr wirkte: man war im Mutterlande wegen des raschen Wachstums ängstlich geworden, und bewegten sich die leidenden Politiker und Staatsmänner Großbritanniens im Anfang der Regierung der Königin Victoria nichts so sehr wie der Krieg. Damals entzündete die ersten Beziehungen, einer ewigen Weltkrieger zu erlangen, in England. Namen wie Gladstone und Cobden und Bright sind eng mit jenen Beziehungen verbunden. Aber ein Zärtchen ist uns Leuten von heute unvermeidlich, wenn wir an die fiktive Begeisterung zurückdenken, mit der von guen und naiven Menschen anderer Volksstämme jene englischen Anregungen aufgenommen und gefeiert wurden, als der Gipelpunkt aller edlen Weisheit und Menschentümlichkeit. Sicherlich ist der Gedanke eines unverwundbaren Friedens hoch und der Feind wert; aber Männer wie Gladstone und Cobden dachten den Gedanken nicht um seiner selbst willen, sondern im selbstsüchtigen Interesse Englands. Sie fürchteten ihn ganz einfach vor kriegerischen Verwicklungen. Sie fürchteten, daß das pazifistisch schnell aufgehobene Reich nicht im Stande sein würde, alle seine Besitzungen während kriegerischer Ereignisse unverfehrt zu erhalten können. Nicht der allgemeine Schönheit des Gedankens wegen waren sie Friedensfreunde und Friedensapostel. Waren sie der Ansicht gewesen, daß die britischen Interessen am besten ebdorven würden durch Kriegshandeln, so wären sie sicherlich niemals auf den Gedanken gekommen, von einem unaufdringlichen Frieden zu schwärmen. Und auf ähnliche Weise wurde Cobden der Vater des Friedenabandes. Er dachte gar nicht daran, den Frieden an sich als den herrlichen handelspolitischen Grundstock der Welt anzusehen, den Frieden seiner eigenen Ideale Schönheit wegen zu preisen. Nur war er der Ansicht, daß Großbritanniens Mutterland am besten fahren würde mit den Gründungen des Friedenabandes, und dieser durstet aus selbstsüchtigen Gesichtspunkten vorwiegend für ihn. Cobden war ein Genie, das will ihm Niemand abnehmen. Und durch die Genialität, mit der er seine Gedanken und Leidenschaften vertrat, sang er die Leute ein für seine Gedanken, die gar nicht merken, daß sie damit vor dem britischen Interessenkreis als Zugvögel vor den Wagen gepasst wurden.

Gladstone lebte, der „große alte Mann“, hat später selbst seine Friedenstheorie sämmtlich ins Stiche lassen müssen. Und gerade er ist es gewesen, der den vollen Umschau der Dinge, den Wechsel von den Friedensdiensten zu der imperialistischen Zeit mit ihren unaufdringlichen Fehlzügen und Kriegen einleitete durch die Beschließung

von Alexandria und die Besetzung von Ägypten. Seitdem ist in den überseeischen britischen Besitzungen niemals mehr Ruhe eingeliefert; Jahr um Jahr hält England seine blutigen Streiche auszufechten, und mehr als einmal drohte das furchtbare Schicksal eines Krieges zwischen England und dem Kaiserreich aus allgefehliger Nähe.

Gegen solche Gegebenheiten hat die persönliche Politik des Königs Victoria, der „Großmutter Europas“, häufig mit gutem Erfolg operiert; und aufrechten Dank der Völker werden dieser Königin die Geschichtsschreiber aller Länder zollen, weil sie wiederholt durch rechtzeitiges und geschicktes Eingreifen hinter der Scène solche Blutgefechte zu bannen verstand. Aber es wurde falsch sein, die kleinen Victoria im Guten und im Bösen verantwortlich zu machen für die ganze Entwicklung ihres Reiches während der Zeit ihrer Regierung. Steht es dem britischen Monarchen doch nicht einmal frei, die politische Macht zu benützen, der der jeweils leitende Staatsobermann des Reiches angehören soll?

Die Friedenssätze ist verloren; der Imperialismus ist gekommen. — Aber wer weiß, wie lange dieser nun seine Herrschaft noch wird aufrecht erhalten können. Das kleine Volk der Buren hat ihm einen herben Schlag beigebracht, von dem er so leicht sich nicht wird erholen können, ob nun mit dem Willen des siebenen Edward oder gegen denselben.

+ Zur Organistenfrage.

In dieser Angelegenheit haben die Ausschüsse der „Schulzeitung“ wohlverdiente gründliche Berücksichtigung erfahren. Der gehässige Ton jener Berücksichtigungen müsste jeden anständigen Katholiken verlegen; auch früher schon hat die „Schulzeitung“ in dieser Hinsicht Abergemei erzeugt. Die Mitglieder des „Badischen Lehrervereins“ haben doch gewiss Anspruch darauf, daß sie weder wegen ihrer politischen, noch viel weniger wegen ihrer religiösen Überzeugung geängetzt und geärgert werden. Wenn trotzdem ein Widerstand gegen diesen Terrorismus laut wurde, so kommt dieses daher, daß gerade die rubigen und besonnenen Gedanken nicht um seiner selbst willen, in die Daseinlichkeit zu treten; vielleicht fürchtet sich auch mancher friedliche Mann, dem Vorwurf der gewalttätigen Säcke zu verfallen. So mußte wohl in der jetzt brennenden Frage die Meinung erwacht werden, als es jeder ideale Zug aus den Herzen der Lehrerorganisationen entchwunden. Wenn auch die Besoldung derer selbst in sehr bescheidenen Grenzen gehalten ist und der bestehende Regelung bedarf, so wird doch nicht jeder auf den Penny nachreden, was er in einer halben oder ganzen Stunde mit dem Orgelspiel verdient hat; er möchte sich nicht selber die Freude darüber, daß er zu seinem Theil zur Feierlichkeit und Erhabenheit des Gottesdienstes beigetragen hat, verderben. Und noch ein anderer Gedanke dürfte dazu beitragen, etwaige Unzufriedenheit wegen geringer Bezahlung zu mildern oder hinzuhalten. Auch der gewissenhaften Mensch wird zugeben müssen, daß man in Erfüllung seiner Pflichten während eines langen Lebens manche Verluste machen kann zu Schulden kommen lassen. Da wird es dann recht gut sein, wenn am großen Nachmittag in die Schule des „Hats“ alles gezeigt wird, was man im Leben ganz oder teilweise umsonst gehabt hat. Die Lehrer müssen ja auch sonst vielzach für Gefang- und andere Verein Zeit und Mühe opfern, wobei sie statt Geld und Ehre oft das Gegenteil erzielen. Darum möge die Organistenfrage in verbindlichem Weise verbannet und geregelt werden, damit auch der altmodisch gewordene Idealismus zu seinem Ende kommt.

Ein katholischer Lehrer-Organist.

Glück im Unglück.

Humoristik von Dr. Kurt Abel.

(Nachdruck verboten)

Ich hatte schon meinen Hut aufgelegt und die mir anvertrauten Schlüssel zum patentierten Geldschrank in der Tasche, mit einem Wort, die Gedächtnisse unserer Bank waren für heute glücklich erledigt, und da es schon 8 Uhr schlug, so war das auch nicht weit in der Erinnerung. Da trat plötzlich ein Herr ein und legte einen Beutel mit Geld auf den Tisch.

Ich bedauerte, daß ich nichts mehr annehmen könne. „Schade, Schade“, sagte er, „ich muß nach Hamburg mit dem Abenzug. Übermorgen geht mein Schiff nach Yokohama.“

„Schöne Segen“, sagte ich bedauernd, „aber das Geld kann ich Ihnen heute nicht mehr abnehmen.“

Er bat, er befürwortete mich, denn es handelte sich um eine Wechselseite, woran auch mein Haushalt gelegen war. Ich erschien also schließlich seinen Wunsch, da aber der Rendant schon fort war, so stießte ich den Beutel mit Geld fest und stieg in die ein wenig ungewöhnlich angebrachte Tasche, welche ich mir in meinem Überzieher hatte machen lassen, um den Taschendieben das Geschäft nicht so leicht zu machen.

In der rechten Seitenhälfte meines Umgebetters hatte ich zufälligerweise auch noch ein Stück Papier, mit dessen Anwerbung ich am Nachmittage des selben Tages einen reizenden Teufel aus der Verlegenheit geholfen hatte. Es war unser Kassenbote, der, da seine Mutter auf den Tod erkrankt war, seine silberne Cylinderkappe für zehn Mark verkaufte, obwohl dieselbe einen Wert von dreißig Mark repräsentierte. Er hatte mich angeworben, mit der Bitte, ihm den Pfandbrief abzunehmen, da er sein Pfand nicht auslösen konnte und den Verfall seines Wertgegenstandes befürchten mußte. Ich that ihm den Gefallen in der festen Absicht, den guten Mann wieder in den Besitz

seines Eigentums zu bringen. Wie eine solche gute That sich im Leben lohnen kann, wird man bald sehen.

Ich hatte nun also den Wandstiel und den Beutel, der bei knapp 60.000 Mark in Gold, Bananaten und Chefs enthielt, in meinem braunen Überzieher, und trug so schwer beladen nach Hause, ja — ich stürzte, irg. Wind und Glattie, denn zu Hause erwartete mich nur Geschäftsbüro.

„Aber Oskar“, rief mir meine Frau entgegen, „wie kannst du so lange bleiben!“

„Wir waren heute erste Gesellschaft seit unserer Verheiratung und ich konnte nicht anders, als mir Vorwürfe machen.“

„Sind schon viele hier?“ fragte ich kleinlaut.

„Banker Meyer noch nicht“, flüsterte sie mir einen Kuss gebend, „spring schnell in das Abzugszimmer und gib die schwärzen Sachen an, ich habe sie dort zurecht gelegt.“

Ich war dabei, ehe sie noch ausgeredet hatte. Eins zwei drei war ich im Bett. Aber in demselben Augenblick klingelte es mit Inbrunst. Es waren Meye's unter besserem Drumpf. Meye's hatten eigene Empage.

„Wie freundlich von Ihnen!“ rief meine junge Frau

und lächelte Frau Meyer wiederholend.

„Wie reizend!“ rief Frau Meyer nicht minder entzückt — es waren Jugendfreundinnen — „Sie versetzen wahnsinnig ein Abzugszimmer! Sie müssen mir nächstens helfen. Alfred macht eine Reise nach der Maladei und während dessen will ich die Möbel anders plazieren; Sie haben einen Geschmack — nein!“

Während dessen litt ich Höllenqualen, negligrirt, wie ich war. Die Weise hatte ich an, aber — und auch dennoch — das unmöglichste Kleidungsstück. — Ein Bein war drin. Als ich eben das zweite bergen wollte, dörte ich ein seliges Läuschen an der Thür — jedenfalls Frau Meyer — was ihm? Ich lehne mich mit

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. Jan.

Der Reichstag beauftragte die Beratung der Anträge bezüglich der Wohnungsreform, da die Erörterung in der letzten Beratung bereits geschlossen war. Es erbrachten keine noch die Schlussrede für jeden Antrag.

Abg. Möller-Duisburg (att.) brachte für den Antrag

Hieber, wonach die Wohnungsreform eine Wohnungsbaupolitik verankern, Wohnungsreformvorlage prüfen, insbesondere

über staatliche und kommunale Vermittlung eines Kredits für gemeinnützige Baugesellschaften Vorlagen machen soll.

Abg. Dreieck (Soc.) befürwortete den denzialdemokratischen Antrag Albrecht, der die Verlegung eines Gewerbezentrums fordert, in dem insbesondere Normativbestimmungen bezüglich der Besitzschaften des Wohnungs-

und Kriegsministers. Abg. Müller-Zulda (Centrum) bestand die ganze Frage noch nicht als vorbereitet. Außerdem wurde die bereits mehrfach erwähnte Resolution angenommen, es sollten Erkundungen vorgenommen werden über den Einnahmeverlust der Eisenbahnen infolge der Herauslösung der Tarife für Kriegs-

zeiten.

* Die Chinavorlage wurde von der Budget-Kommission am Mittwoch in Angriff genommen, in Verbindung

mit der Vorlage über die Verfolgung der Invaliden aus dem Chinakriege und ihrer Hinterbliebenen.

Deutschland.

Berlin, 30. Januar.

Mit aller alter Bestimmtheit wurde behauptet, der Kaiser sei sehr verstimmt worden, daß die Berliner Parlamente aus Anlaß des Todes der Königin von England nicht die Sitzungen ausfallen ließen. Man sprach sogar von irgend welcher Kundgebung, in welcher der Kaiser seiner Unzufriedenheit Ausdruck geben wollte. Das hätte recht peinliche Situationen herbeiführen können, da kaum daran zu denken ist, daß es ohne öffentliche Widerprüfung abgelaufen wäre. Ein Berliner Blatt, der „Lotus“, hat nun hervorgehoben,

dass der gegenwärtige Reichstagssitz Graf Ballestrem ganz besonders peinlich auf die Wahrung aller gebotenen Formen hoffte. Ein Besuch von seiner Seite sei demnach auch in diesem Falle vollständig ausgeschlossen.

Zur Begründung des Antrages auf Aufhebung der Theatercurz (frest. Bollsp.) trat in seinen Schlussworten

für den Antrag Schröder ein zur Einberufung einer Kommission, welche die bestehenden Wohnungsverhältnisse prüfen und Vorschläge machen soll, ob ein Eingreifen des Reiches

angezeigt wäre.

Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Sozial-

demokraten abgelehnt. Der Antrag Hieber wird gegen die

Stimmen der Konservativen, der Reichspartei und der Frei-

heitlichen Partei abgelehnt. Der Antrag Schröder soll

somit die Beratung des Antrags Bergmann (frest. Bollsp.) zur Aufhebung der Theatercurz (frest. Bollsp.) bestimmt werden.

Abg. Müller-Meinungen (frest. Bollsp.) begründet.

Zur Begründung des Antrages auf Aufhebung der

Theatercurz (frest. Bollsp.) aus, das Reich sei in dieser Frage zweifellos kompetent.

Die verworrenen Zustände auf diesen Gebieten müssen

in den verschiedensten Einzelheiten untersucht werden,

damit sie nicht die gesetzliche Ausübung der Handels-

verträge nicht stören darf.

Die Theatercurz verhindert die Entwicklung zu einer

außerordentlichen Transaktion gezwungen, nicht nur wegen

der Theatinausgabe der ganzen gesetzten Welt erwecken,

grauenvolle Umstände, unter denen dieser Herrscher regnete,

indem auch weil er ein naher Verwandter, der Neffe

des damaligen Kaisers Wilhelm I., und überdies von einer

starken deutsch-freundlichen Gesinnung war. Dennoch be-

gabte sich der damalige Präsident des Deutschen Reichstags, von Götzen, der spätere Justizminister und jetzige Ober-

präsident von Wiesbaden, ein konservativer und aufgrund

seiner geistigen Leistung sehr geschätzter Mann, damit dem ermordeten Baron einen Nachfolger zu widmen, worauf der Reichstag, ohne die Sitzung aufzuhören, in seinen geschäftlichen Verhandlungen fortfuhr.

Man wird aber auch ferner ermitteln haben, wie

das englische Parlament beim Hinrichten des deutschen Kaisers vergangen war.

Abg. Müller-Meinungen (frest. Bollsp.) bestimmt die

Reichstagsabgeordneten selbst in dieser Sitzung und dessen Anträge an den Reichstag bereits über den Rahmen dessen hinaus-

gegangen seien, was bisher darin stand. Es gibt dafür

in der ganzen Geschichte des Deutschen Reichstags nur ein

einziges Beispiel: Als Kaiser Wilhelm I. gestorben war, eröffnete

die Reichstagsabgeordneten mit einer feierlichen Trauerfeier

die Sitzung, die von dem Reichstag im Reichstage veranstaltet wurde.

Es liegt auf der Hand, daß eine Wollvertretung in

solchen Dingen nach bestimmten Grundsätzen handeln

muß, die unabhängig sind von der zufälligen Situation

des Augenblicks wie auch von Würde und hoher Stellung

der Städte, die mit dem Wechsel der politischen

Situation gleichfalls wechseln können

über dem Am Morgen des 27. Januar wird dem Kaiser feiert, ein Feldmarschallsschwert überreicht. Beim Festzug ist, an welchem Offiziere und Diplomaten teilnehmen, bringt der Kronprinz Erbsprache an den Kaiser und auf den König von England aus. Dann wird der König von England mit großer Suite an der „Hohenwoll“ zum See empfangen. Seine solle sich auf dem „Hohenwoll“ unter großen Ehren und Würden der Kronprinzen mit dem Erbprinzen statt. Wegen die Verhandlungen der Königin von England es mit sich selbst ausmachen, ob solche Feierlichkeiten angebracht sind, so lange ihr Reich noch nicht einmal unter der Erde ist. jedenfalls aber waren die Karlsruher Herren, die sieh über Kopf alle Feierlichkeiten abweisen, sehr leicht informiert, wenn sie meinten, die Aussicht auf den Kaiser vertrieben in diesen Tagen die Festmärsche, die man sonst gern zu Kaisers Geburtstag veranstaltet.“

Das wird man kaum ohne Weiteres können gelten lassen.

Die „Konst. Nachr.“ bemerken zum amtlichen Jährlingsergebnis:

„Somit ist auch hier ein Rückgang zu verzeichnen. Mit den 1100 ist es also nichts. Zieht man die Reihe an Karlsruhe ein, den Vorstellungen der hiesigen Gesellschaften einmal Gehör zu geben und nach Recht und Billigkeit zu versetzen.“

○ Karlsruhe, 31. Jan. Aus Achern erhalten wir folgende Zuschrift: „Berehliche Redaktion des „Bad. Beobachters“ erfüllte ich um gefällige Aufnahme nachstehender Erklärung. Im Nr. 22 Ihres geschätzten Blattes ist auf Seite 1 am Schluß des Artikels „Die Bad. Schulzeitung und der Groß-Erlauf. Organisationsbeirat“ über die „Bad. Schulzeitung“ die Behauptung aufgetreten, daß seit 1. Januar d. J. „der Gesamtmarktland des Lehrervereins bezüglich der Leitung des Blattes verantwortlich ist.“ Dicht ist unrichtig. Der Schriftsteller des Vereinsblattes ist allerdings verantwortlich, im Sinne der Durchführung des Heidelberger Programms vom Jahre 1894 zu wirken, ist aber hierin an keine bestimmten Vorschriften gebunden. Hochachtungsvoll: Aug. Grimm, Obmann des Bad. Lehrervereins.“

* Karlsruhe, 31. Jan. Die „Konst. Nachr.“ berichtet über die Generalversammlung des demokratischen Volksvereins u. a.:

Zu einer lebhaften Debatte führte die Frage der nächsten Landtagswohlt; es ergab sich völlige Gleichheit der Ansichten über die einzuschlagende Tatlin.“

Sein Wort mehr. Der „Bad. Volksbote“ erwähnt diesen Theil der Beratung überhaupt nicht. Indessen wird man es als selbstverständlich ansehen können, daß man die Frage mit etwas anderen Augen betrachtet, als die Freisinnige R. Bad. Volksbot.“

▼ Karlsruhe, 30. Jan. Die Süddeutsche Reichs-

Korr. schreibt:

Ein wahres für weitere Kreise beherrschendes Wort hat der württembergische Ministerpräsident und Kriegsminister geprägt, als in der Kammer auf die Soldatenelternfrage die Rede kam. Indem er feststellte, daß die Elternabfindungen auf ein Minimum zurückgegangen sind und daß gegen sie mit aller Sorgfalt und Streng eingeschritten wird, verwies der Minister auf eine gewisse moralische Verweltlichung, in der vielfach die Ursache von Selbstmordern zu haben ist. Man ist nicht mehr gewöhnt, eine Urkunde des Schiffs gerübt zu erwarten, sondern begegnet jeder Unbekümmertheit des Lebens mit Angst und Entblätterung. Wenn dann ein widerwärtiges Schicksal auf den Menschen eintritt, führt er statt sich in Geduld zu fassen, nach der Pfeile gegen sich selbst. Unter dem Befall des Hanfes empfahl der Minister als letztes Mittel gegen solche für den Lebenskampf unrichtig machende Gefühle die Pflege des Gottesfurcht.“

Der Artikel ist heute noch nicht in der „Karls. Nachr.“ zu lesen. Wir nehmen indessen an, daß er in diesen Blättern noch Aufnahme finden wird. Natürlich haben wir nichts dagegen einzubringen. Nur meinen wir, daß es nicht recht dazu stimmt, wenn vor amtlichen Stellen mit Berufung auf die „Humanität“ dagegen geerbt wird, daß ein Selbstmörder aus voller eigener Verantwortung nicht die gleiche Schung nach dem Tode erhalten soll als der Mensch, der nicht als Verbrecher gegen das eigene Leben aus dieser Welt geschieden ist.“

* Karlsruhe, 30. Jan. Das „Deutsche Volksbl.“, Central-Organ der Centrumspartei in Württemberg, schreibt:

Wir konstatieren, daß der römische alias Mailänder Mitarbeiter der „Berliner Volkszeitung“ und des „Beobachters“ in der Frage der „Berger-Schreiberfist“ der italienischen Geistlichen bis heute gehangen hat und den Vorwurf der gemeinsamen Lüge auf sich sitzen läßt. Der Korrespondent der beiden volksparteilichen Blätter hätte schon längst Antwort geben können; er dürfte ja nur die amtlichen Bekanntmachungen seien, von denen er in seiner Bürgenacht über die fahrlässige Geistlichkeit gesprochen hat. Der „Beobachter“ mischt seinem Mailänder sind damit gerichtet.“

Linieres Wissens hat der Billinger Amisvertragsdiger auch noch keine Notiz von dieser Nichtigstellung genommen.

■ Heidelberg, 30. Jan. Der hiesige Stadtkonstanz hat es abgelehnt, sich einer Vorstellung gegen die Erziehung der Körperschule anzuschließen.

* Stuttgart, 29. Jan. Im „Bad. Landesboten“ ist zu lesen:

„Die am 23. d. M. hier stattgehabte Konferenz war sehr zahlreich besucht. Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung bildete die Stellungnahme zur Organisationsverordnung des Ordinarials. Nachdem der Vertragseinkauf von mehreren Reden offiziell bestätigt worden war, wurde dessen Abstimmung einstimmig beschlossen. Ein Vertrag, der für die Lehrer nur Wünsche, aber keine Rechte kennt, kann von denselben nie anerkannt werden. Wenn der Beobachter meint, die übermächtige Mehrheit der Lehrer werde das Vorhaben der „Schulzeitung“ nicht billigen, so täuscht er sich sehr. Labens Lehrer sind zur Einsicht gekommen, daß nur in der Einigkeit ihre Stärke liegt; deshalb werden sie auch in diesem Punkte geschlossen vorgehen und sich nicht durch einen Vertrag binden lassen, der ihnen keine Rechte gibt.“

Die Herren scheinen kein Wort des Adels über die Art des Vorgehens der „Bad. Schulzeitung“ gefunden zu haben.

Mühlheim, 29. Jan. Dem „Bad. Landesboten“ wurde geschrieben:

„Wie schon von anderen Seiten mehrfach bekannt, so haben auch die Lehrer-Organisten der Konferenz Mühlheim auf dem Scheideweg, an den sie durch die exzessivische Kurie gestellt wurden, den selbstverständlich einzige richtigen Weg eingeschlagen und sich voll und ganz auf den Boden des eingedrohten Artikels des Vereinsorgans gestellt. eingedrungen. Der alte Wehrheit „Eingang macht stark“. Bei einer Sache, bei der der Eine nur fordert und nicht bezahlt, der Andere nur annimmen muß, kann von einem Vertrag keine Rede sein.“

„Voll und ganz auf den Boden des angefochtenen Artikels des Vereinsorgans!“

Es ist recht interessant, Solches mit Sicherheit festgestellt zu haben.

* Konstanz, 29. Jan. Gegenüber der Behauptung, der „Bund der Landwirte“ habe bereits 1000 Bauern unter seinen Mitgliedern, bemerkten die „Konst. Nachr.“:

„Wir hatten diese Behauptung so lange als unrichtig, bis uns gezeigt wird, in welchen Bezirken und in welchen Orten des badischen Sekretärs diese Mitgliederzahl sich findet.“

Das Blatt wird wohl nicht Unrecht haben.

* Konstanz, 30. Jan. Der Kirchenvorstand der alt-katholischen Gemeinde hat in der „Konst. Nachr.“ Folgendes veröffentlicht:

„Nach der in der „Konst. Nachr.“ veröffentlichten Zusammenstellung der Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 für die Stadt Konstanz haben sich in der Spalte für Religionsbekennung“ hier 721 Personen als alt-katholisch eingetragen. Diese Zahl entspricht nicht der Kirchenliste und läßt sich nur daraus erklären, daß viele Alt-katholiken, weil die Impression eine besondere Spalte für das alt-katholische Bekenntnis nicht enthielt, sich falsch in das Spalte „katholisch“ eingeschrieben. Die wirkliche Zahl der Alt-katholiken beträgt nach einer Ende des vorigen Jahres dieses vor genannten Zählung 1019 Seelen.“

Das wird man kaum ohne Weiteres können gelten lassen.

Die „Konst. Nachr.“ bemerken zum amtlichen Jährlingsergebnis:

„Somit ist auch hier ein Rückgang zu verzeichnen. Mit den 1100 ist es also nichts. Zieht man die Reihe an Karlsruhe ein, den Vorstellungen der hiesigen Gesellschaften einmal Gehör zu geben und nach Recht und Billigkeit zu versetzen.“

4. ordentlicher Verbandstag des Verbandes ländlicher Genossenschaften nach Raiffeisen'scher Organisation im Großherzogtum Baden.

○ Heidelberg, 31. Januar.

Gestern Nachmittag tagten in der „Metropol“ über 100 Badische Raiffeisen-Vereine unter dem Vorsitz des Verbandsamtmannes, Herrn Stadtpfarrer Künz. Bruchsal. Nachdem die Vorsitzende der Versammlung begrüßt, eröffnete Herr Verbandsdirektor Dr. Roß die Ludwigshafen a. Rh. den Jahresbericht. Aus demselben geht hervor, daß die Organisation im deutschen Reich im Jahre 1900 3500 Vereine zählt und einen Geldumsatz von 40 Millionen Mark und einen Bauernumsatz von 80 Millionen aufzuweisen hatte.

Der Verbandsbezirk Ludwigshafen, die das badische Vereinsblattes ist allerdings verantwortlich, im Sinne der Durchführung des Heidelberger Programms vom Jahre 1894 zu wirken, ist aber hierin an keine bestimmten Vorschriften gebunden. Hochachtungsvoll: Aug. Grimm, Obmann des Bad. Lehrervereins.“

* Karlsruhe, 31. Jan. Die „Konst. Nachr.“ berichtet über die Generalversammlung des demokratischen Volksvereins u. a.:

Zu einer lebhaften Debatte führte die Frage der nächsten Landtagswohlt; es ergab sich völlige Gleichheit der Ansichten über die einzuschlagende Tatlin.“

Sein Wort mehr. Der „Bad. Volksbote“ erwähnt diesen Theil der Beratung überhaupt nicht. Indessen wird man es als selbstverständlich ansehen können, daß man die Frage mit etwas anderen Augen betrachtet, als die Freisinnige R. Bad. Volksbot.“

▼ Karlsruhe, 30. Jan. Die Süddeutsche Reichs-

Korr. schreibt:

Ein wahres für weitere Kreise beherrschendes Wort hat der württembergische Ministerpräsident und Kriegsminister geprägt, als in der Kammer auf die Soldatenelternfrage die Rede kam. Indem er feststellte, daß die Elternabfindungen auf ein Minimum zurückgegangen sind und daß gegen sie mit aller Sorgfalt und Streng eingeschritten wird, verwies der Minister auf eine gewisse moralische Verweltlichung, in der vielfach die Ursache von Selbstmordern zu haben ist. Man ist nicht mehr gewöhnt, eine Urkunde des Schiffs gerübt zu erwarten, sondern begegnet jeder Unbekümmertheit des Lebens mit Angst und Entblätterung. Wenn dann ein widerwärtiges Schicksal auf den Menschen eintritt, führt er statt sich in Geduld zu fassen, nach der Pfeile gegen sich selbst. Unter dem Befall des Hanfes empfahl der Minister als letztes Mittel gegen solche für den Lebenskampf unrichtig machende Gefühle die Pflege des Gottesfurcht.“

Der Artikel ist heute noch nicht in der „Karls. Nachr.“ zu lesen. Wir nehmen indessen an, daß er in diesen Blättern noch Aufnahme finden wird. Natürlich haben wir nichts dagegen einzubringen. Nur meinen wir, daß es nicht recht dazu stimmt, wenn vor amtlichen Stellen mit Berufung auf die „Humanität“ dagegen geerbt wird, daß ein Selbstmörder aus voller eigener Verantwortung nicht die gleiche Schung nach dem Tode erhalten soll als der Mensch, der nicht als Verbrecher gegen das eigene Leben aus dieser Welt geschieden ist.“

* Karlsruhe, 30. Jan. Das „Deutsche Volksbl.“, Central-Organ der Centrumspartei in Württemberg, schreibt:

Wir konstatieren, daß der römische alias Mailänder Mitarbeiter der „Berliner Volkszeitung“ und des „Beobachters“ in der Frage der „Berger-Schreiberfist“ der italienischen Geistlichen bis heute gehangen hat und den Vorwurf der gemeinsamen Lüge auf sich sitzen läßt. Der Korrespondent der beiden volksparteilichen Blätter hätte schon längst Antwort geben können; er dürfte ja nur die amtlichen Bekanntmachungen seien, von denen er in seiner Bürgenacht über die fahrlässige Geistlichkeit gesprochen hat. Der „Beobachter“ mischt seinem Mailänder sind damit gerichtet.“

Linieres Wissens hat der Billinger Amisvertragsdiger auch noch keine Notiz von dieser Nichtigstellung genommen.

■ Heidelberg, 30. Jan. Der hiesige Stadtkonstanz hat es abgelehnt, sich einer Vorstellung gegen die Erziehung der Körperschule anzuschließen.

* Stuttgart, 29. Jan. Im „Bad. Landesboten“ ist zu lesen:

„Die am 23. d. M. hier stattgehabte Konferenz war sehr zahlreich besucht. Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung bildete die Stellungnahme zur Organisationsverordnung des Ordinarials. Nachdem der Vertragseinkauf von mehreren Reden offiziell bestätigt worden war, wurde dessen Abstimmung einstimmig beschlossen. Ein Vertrag, der für die Lehrer nur Wünsche, aber keine Rechte kennt, kann von denselben nie anerkannt werden. Wenn der Beobachter meint, die übermächtige Mehrheit der Lehrer werde das Vorhaben der „Schulzeitung“ nicht billigen, so täuscht er sich sehr. Labens Lehrer sind zur Einsicht gekommen, daß nur in der Einigkeit ihre Stärke liegt; deshalb werden sie auch in diesem Punkte geschlossen vorgehen und sich nicht durch einen Vertrag binden lassen, der ihnen keine Rechte gibt.“

Die Herren scheinen kein Wort des Adels über die Art des Vorgehens der „Bad. Schulzeitung“ gefunden zu haben.

Mühlheim, 29. Jan. Dem „Bad. Landesboten“ wurde geschrieben:

„Wie schon von anderen Seiten mehrfach bekannt, so haben auch die Lehrer-Organisten der Konferenz Mühlheim auf dem Scheideweg, an den sie durch die exzessivische Kurie gestellt wurden, den selbstverständlich einzige richtigen Weg eingeschlagen und sich voll und ganz auf den Boden des eingedrohten Artikels des Vereinsorgans gestellt. eingedrungen. Der alte Wehrheit „Eingang macht stark“. Bei einer Sache, bei der der Eine nur fordert und nicht bezahlt, der Andere nur annimmen muß, kann von einem Vertrag keine Rede sein.“

„Voll und ganz auf den Boden des angefochtenen Artikels des Vereinsorgans!“

Es ist recht interessant, Solches mit Sicherheit festgestellt zu haben.

* Konstanz, 29. Jan. Gegenüber der Behauptung,

die Abänderung der Straßen- und Baulücken an der Leopoldshöher Straße in Staffort; die Schule: des August Edele in Beutelsheim im Glaubnitz zum Betrieb der Realgymnasiums

zum „Stephanienbad“ dient; des Karl August Nees in Lintelnheim im Glaubnitz zum Betrieb der Schönwirthschaft mit Brauereiweinhaus zum „Bahnhof“ dient; des

Birnba. Friedrich Kig in Lintelnheim im Glaubnitz zur Verlegung seiner Wirtschaftszonen von der Wirtschaft zum „Bahnhof“ nach der Wirtschaft zum „Strauß“ dient;

Das Beiratssamt hatte gegen den Tagelöhner Johann Adam Hager in Staffort ein Wirtschaftsverbot erlassen, weil er sich schon seit längerer Zeit in einer Weise dem Erwerb hingibt, daß, so befürchtet steht, er werde der Armut unterliegen annehmen. Hager erhält Einspruch gegen die Verlegung seiner Wirtschaftszonen von der Wirtschaft zum „Bahnhof“ nach der Wirtschaft zum „Strauß“ dient;

Das Beiratssamt hatte gegen den Tagelöhner Johann Adam Hager in Staffort ein Wirtschaftsverbot erlassen,

wie er sich schon seit längerer Zeit in einer Weise dem Erwerb hingibt, daß, so befürchtet steht, er werde der Armut unterliegen annehmen. Hager erhält Einspruch gegen die Verlegung seiner Wirtschaftszonen von der Wirtschaft zum „Bahnhof“ nach der Wirtschaft zum „Strauß“ dient;

Das Beiratssamt hatte gegen den Tagelöhner Johann Adam Hager in Staffort ein Wirtschaftsverbot erlassen,

wie er sich schon seit längerer Zeit in einer Weise dem Erwerb hingibt, daß, so befürchtet steht, er werde der Armut unterliegen annehmen. Hager erhält Einspruch gegen die Verlegung seiner Wirtschaftszonen von der Wirtschaft zum „Bahnhof“ nach der Wirtschaft zum „Strauß“ dient;

Das Beiratssamt hatte gegen den Tagelöhner Johann Adam Hager in Staffort ein Wirtschaftsverbot erlassen,

wie er sich schon seit längerer Zeit in einer Weise dem Erwerb hingibt, daß, so befürchtet steht, er werde der Armut unterliegen annehmen. Hager erhält Einspruch gegen die Verlegung seiner Wirtschaftszonen von der Wirtschaft zum „Bahnhof“ nach der Wirtschaft zum „Strauß“ dient;

Das Beiratssamt hatte gegen den Tagelöhner Johann Adam Hager in Staffort ein Wirtschaftsverbot erlassen,

wie er sich schon seit längerer Zeit in einer Weise dem Erwerb hingibt, daß, so befürchtet steht, er werde der Armut unterliegen annehmen. Hager erhält Einspruch gegen die Verlegung seiner Wirtschaftszonen von der Wirtschaft zum „Bahnhof“ nach der Wirtschaft zum „Strauß“ dient;

Das Beiratssamt hatte gegen den Tagelöhner Johann Adam Hager in Staffort ein Wirtschaftsverbot erlassen,

wie er sich schon seit längerer Zeit in einer Weise dem Erwerb hingibt, daß, so befürchtet steht, er werde der Armut unterliegen annehmen. Hager erhält Einspruch gegen die Verlegung seiner Wirtschaftszonen von der Wirtschaft zum „Bahnhof“ nach der Wirtschaft zum „Strauß“ dient;

Das Beiratssamt hatte gegen den Tagelöhner Johann Adam Hager in Staffort ein Wirtschaftsverbot erlassen,

wie er sich schon seit längerer Zeit in einer Weise dem Erwerb hingibt, daß, so befürchtet steht, er werde der Armut unterliegen annehmen. Hager erhält Einspruch gegen die Verlegung seiner Wirtschaftszonen von der Wirtschaft zum „Bahnhof“ nach der Wirtschaft zum „Strauß“ dient;

Das Beiratssamt hatte gegen den Tagelöhner Johann Adam Hager in Staffort ein Wirtschaftsverbot erlassen,

wie er sich schon seit längerer Zeit in einer Weise dem Erwerb hingibt, daß, so befürchtet steht, er werde der Armut unterliegen annehmen. Hager erhält Einspruch gegen die Verlegung seiner Wirtschaftszonen von der Wirtschaft zum „Bahnhof“ nach der Wirtschaft zum „Strauß“ dient;

Das Beiratssamt hatte gegen den Tagelöhner Johann Adam Hager in Staffort ein Wirtschaftsverbot erlassen,

wie er sich schon seit längerer Zeit in einer Weise dem Erwerb hingibt, daß, so befürchtet steht, er werde der Armut unterliegen annehmen. Hager erhält Einspruch gegen die Verlegung seiner Wirtschaftszonen von der Wirtschaft zum „Bahnhof“ nach der Wirtschaft zum „Strauß“ dient;

Das Beiratssamt hatte gegen den Tagelöhner Johann Adam Hager in Staffort ein Wirtschaftsverbot erlassen,

wie er sich schon seit längerer Zeit in einer Weise dem Erwerb hingibt, daß, so befürchtet steht, er werde der Armut unterliegen annehmen. Hager erhält Einspruch gegen die Verlegung seiner Wirtschaftszonen von der Wirtschaft zum „Bahnhof“ nach der Wirtschaft zum „Strauß“ dient;

Das Beiratssamt hatte gegen den Tagelöhner Johann Adam Hager in Staffort ein Wirtschaftsverbot erlassen,

wie er sich schon seit längerer Zeit in einer Weise dem Erwerb hingibt, daß, so befürchtet steht, er werde der Armut unterliegen annehmen. Hager erhält Einspruch gegen die Verlegung seiner Wirtschaftszonen von der Wirtschaft zum „

